



AŞITÎ BARIŞ FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr. 15 • August /September 2003

Editorial

Wer Wind säht, wird Sturm ernten! Dieses Sprichwort scheint in der Türkei gänzlich unbekannt zu sein. In sämtlichen Belangen der Außenpolitik steht sie vor einem „Scherbenhaufen“, ohne dass sie sich dessen bewusst ist.

Ob es die Zypernfrage ist, das Ägäisproblem oder die kurdische Frage: Immer noch gelten für die Türkei die althergebrachten Koordinaten der eigenen Außenpolitik.

So als ob der Irakkrieg mit anschließender Besetzung nicht stattgefunden hätte, wird im Nordirak der alte osmanische Traum von einer Grenze bis Mosul und Kirkuk verfolgt.

Die Angst vor dem kurdischen Faktor hat sich zur Phobie gesteigert. Sämtliche kurdischen Bestrebungen nach Selbstbestimmung und Autonomie werden als Affront gegen die ureigenen nationalen Interessen gesehen. Selbst bescheidene Forderungen nach mehr Demokratie und Menschenrechten werden stoisch nach altem Muster als Separatismus verfolgt.

Zwar hat das türkische Parlament ein weiteres Reformpaket verabschiedet, dass den Einfluss der Militärs beschneidet und eine begrenzte Amnestie für kurdische Rebellen vorsieht.

In der Praxis jedoch ist selbst von den vorherigen Reformen wenig zu spüren. Demnach ist die Menschenrechtssituation weiterhin katastrophal. Systematische Folter in Polizeigewahrsam, das „Verschwindenlassen“ von unliebsamen Oppositionellen und extralegale Hinrichtungen haben sogar wieder zugenommen.

Die nun verabschiedete Teilamnestie gleicht den früheren „Reuegesetzen“. Nicht die gesellschaftliche Aussöhnung und die Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes, sondern die Kapitulation von breiten Teilen der kurdischen Guerillakräfte sind ihr Ziel.

Damit wird eine große Chance zur Lösung des Problems vertan. Die kurdische Seite hat indes deutlich gemacht, dass dies dem 1999 verkündeten Waffenstillstand die Grundlage entziehen würde. Mit den veränderten Verhältnissen im Irak haben sich auch die Bedingungen für den KADEK geändert. So ist eine Rückkehr in die Türkei unausweichlich. Mit oder ohne Gewehre.

Dies liegt allein in der Hand der Türkei. Bis zum 1. September 2003 will der KADEK noch abwarten. Sollte dann der türkische Staat keine klaren Signale hinsichtlich einer Lösung geben, scheint ein erneuter Waffengang unausweichlich. Ob dies wirklich im Interesse der Türkei liegen kann, ist mehr als fraglich.

Köln, im Juli 2003, die Redaktion

Erstunterzeichnende der Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan:

Mairead Maguire (Nobelpreisträger, Nordirland), **Dario Fo** (Regisseur Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger, Argentinien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Ramsey Clark** (Rechtsanwalt, ehem. Justizminister, USA), **Uri Avnery** (ehemaliger Knessetabgeordneter, Gush Shalom -Friedensblock- Israel), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Alain Lipietz** (Mitglied des Europaparlaments), **Pedro Marset Carpos** (Mitglied des Europaparlaments), **Lord Eric Avebury** (House of Lords, Großbritannien), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru -Wallisische Partei-, Großbritannien), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, Großbritannien), **Lord John Nicholas Rea** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords, Großbritannien), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, Libanon), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Paul Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Máiréad Keane** (Vorsitzender der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sinn Féin, Nordirland), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator-Cl, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Xabier Arzalluz** (Präsident der PNV / Nationalistische Baskische Partei), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied, Labour-Partei, Großbritannien), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Heidi Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende der Kommunistischen Partei Österreichs)

Fortsetzung letzte Seite

Inhalt:**Seite 2****Liberal nach außen, repressiv nach innen**

Die Türkei auf der Suche nach ihrem Platz zwischen EU und USA

von Gerd Schumann

Seite 5**Rückwärts gewandt**

Die türkische Präsenz im Irak

von Karin Leukefeld

Seite 8**Den Dialog aufnehmen**

Interview mit Dr. Mahmut Osman, unabhängiger kurdischer Vertreter im irakischen Regierungsrat

von Cemal Ucar

Seite 11**Besorgnis erregend**

Die Lage der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei

von Klaus Happel

Impressum

Herausgeber: Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

50445 Köln, Postfach 10 05 11

Druck: Eigendruck,

Auflage: 2.500

Redaktion: Klaus Becher, K. Happel,

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden sind ausgesprochen willkommen.
Stadtparkasse Köln, BLZ: 37 05 01 98
Kto: 46 79 32 87, Stichwort: Asiti

Liberal nach außen, repressiv nach innen

von Gerd Schumann

Die Türkei auf der Suche nach ihrem Platz zwischen EU und USA: Die Kurdische Frage als Dauerbrenner.

Die Republik Türkei schrieb Geschichte, als am 1. März 2003 ihre Große Nationalversammlung - aus welchen Gründen auch immer - den USA die Stationierung von 62 000 Soldaten und somit die Eröffnung einer Nordfront für den Überfall auf Irak verweigerte. Zwar gewährte das Parlament wenig später dem bis dahin so engen Freund doch noch Überflugrechte und erleichterte die US-amerikanische Kriegführung, allerdings blieben die Beziehungen zwischen den NATO-Verbündeten zunächst abgekühlt. Die südkurdische Peshmerga hatte als kriegswillige Partnerin bessere Karten bei der Supermacht, die vorgab, sich ihre Partner nunmehr je nach egoistischer Interessenlage wählen zu wollen. Als dann zu Beginn des Monats Juli im kurdischen Nordirak auch noch elf türkische Armeespezialisten von der US-Besatzungsmacht gestellt und nach Bagdad überführt wurden, schien sogar ein Bruch zwischen den beiden Staaten als nicht unwahrscheinlich. Der "Fall Suleimaniya" schlug wochenlang hohe Wellen, und konnte durch eine gemeinsame Erklärung beider Seiten nur mühsam gekittet werden.

Überraschend meldete sich dann der aus der Türkei scheidende US-Botschafter in Ankara zu Wort und griff urplötzlich und offenbar wendlerisch die Interessen der türkischen Seite auf, indem er

die Reste der im kurdischen Mederg Gebiet widerstehenden ehemaligen PKK-Guerilla vor die Alternative einer Kapitulation oder eines militärischen Angriffs stellte. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ließ derweil verlauten, die Türkei seien von den USA um eine Stationierung von 12 000 Soldaten angegangen worden, und sein Außenminister Abdullah Gül reiste in der vorletzten Juli-Woche gar mit dem angeblichen Ansinnen in die USA, Washington bewegen zu wollen, die südkurdische Peshmerga zu entwaffnen und dem US-amerikanischen Oberbefehl in Irak einen türkischen Stellvertreter beizustellen. Ob hier der Wunsch Vater des Gedanken war, und inwieweit die USA überhaupt bereit sein werden, der - aus ihrer Sicht - unbotmäßigen wie unzuverlässigen Türkei entgegen zu kommen, auch und sogar in Sachen Turkmenen in den besetzten Ölgebieten des Nordirak, lässt sich noch nicht absehen. Spekulationen hierzu bewegen sich auf unsicherem Terrain.

KADEK zufolge allerdings scheint es eher unwahrscheinlich, dass die USA einen neuen Unruheherd im Norden riskieren würden - in der Tat eine angesichts der unübersehbaren auch militärischen Schwierigkeiten der Irak-Besatzer berechnete Überlegung. Ob sich allerdings die im unwirtlichen Dreiländereck Iran-Irak-Türkei kurzfristig einigermaßen sicher fühlen kann, bleibt dahingestellt - mittelfristig wird sie nicht um eine dau-

erhafte Lösung ihrer komplizierten Lage herkommen. Wie diese aussehen könnte, zivil oder bewaffnet, hängt wiederum eng mit der aktuellen Entwicklung in der Türkei zusammen. Grundsätzlich scheint sich die Lage des Landes international wie national nicht wesentlich verbessert zu haben - im Gegenteil befindet sich die Republik in mehreren Klemmen. Korruption, Misswirtschaft und Dogmatismus blieben bisher Wegbegleiter. International präsentiert sich das Land isoliert wie selten in der Geschichte seiner 50jährigen NATO-Mitgliedschaft. Schwierigkeiten hat die Türkei offenbar auch mit der Erarbeitung einer Definition ihres zukünftigen Platzes im Kräftefeld zwischen Europa und USA.

Die türkische Wirtschaft befindet sich in der Krise. Einerseits findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Zugleich bereichert sich, wer kann, und präsentiert seinen Luxus exhibitionistisch, derweil große Teile der Bevölkerung zusehends verarmen und die Inflation blüht. Verkrustete Strukturen lähmen und überkommene Dogmen hemmen die Entwicklung einer gesamtgesellschaftlichen Versöhnung. Der Weg in die EU wirkt steinig, wird seitens Brüssel mit hohen Hindernissen gespickt und auch antiislamisch-begründeten Vorurteilen gepflastert. Trotzdem könnte es zu einer Kandidatenkür der Türkei kommen - vorausgesetzt, die EU will sie, wie sie bisher so ziemlich alle Gehorsamen wollte: für ein großes, wirtschaftlich und politisch einflussreiches Gebilde mit abgeschotteten Grenzen nach außen und dem niedrigstmöglichen Sozialniveau im Inneren, angeführt von den Großen in Zentraleuropa, angereichert mit den Kleinen in der Peripherie des Ostens und Südostens. Derweil versucht die Türkei seit nunmehr gut einem Jahr, mit "Reformpake-

ten" Anschluss an die vermeintlichen Fleischtöpfe EU-Europas zu finden. Der Plan, in einigen Monaten und also noch in diesem Jahr die Voraussetzungen dafür geschaffen zu haben, bis zum Rotterdamer EU-Gipfeltreffen im Dezember 2004 als Mitgliedskandidat für Beitrittsverhandlungen anerkannt zu werden, steht allerdings um so mehr auf der Kippe, als sich die "Reformen" in ihrer Substanz häufig als Camouflage erweisen. Natürlich mutet es bizarr an, wenn einerseits - wie zuletzt in der zweiten Junihälfte sowie Ende Juli - das Parlament in Ankara Liberalisierung verkündet, ein Reformpaket nach dem anderen bis zur aktuellen Nummer sieben verabschiedend, andererseits nichts an der Repressionsituation verändert: Dabei bleibt der reale Einfluss, über den die "Große Nationalversammlung" im Verhältnis zum Nationalen Sicherheitsrat und zu innergesellschaftlichen Kräftezentren verfügt, schwer einschätzbar. Und also handelt es sich bei diversen Parlamentsbeschlüssen zunächst um propagandistisch aufbereitete Bekundungen vorrangig in Richtung EU-Ausland, obwohl auch immer Keime von Fortschritt in den Zugeständnissen zu finden sind - und seien sie zunächst auch nur für die europäische Galerie gedacht. Dazu mögen die eingeschränkte Abschaffung der Todesstrafe, die Revisionsverhandlung in Sachen Leyla Zana und Kollegen in Sachen des Skandalurteils von 1994, eine Lockerung des Anti-Terror-Paragraphen inklusive eines Gesetzes, das die Rückkehr der Guerilla in den Alltag des Landes ermöglichen soll, zu zählen sein. Dazu gehört vor allem auch die Anerkennung der jahrzehntelang geächteten oder gar geleugneten Existenz der kurdischen Kultur, die Zulassung kurdischer Namen und ähnlich - eigentlich - Selbstverständliches. Ob schließlich - wie per Kabinettsbeschluss vom 22. Juli 2003 vorgesehen - die Armeeführung

zulassen wird, wenn demnächst sogar ihr numerisches Übergewicht im Nationalen Sicherheitsrat gekippt werden soll, bleibt abzuwarten. Spannend wird jedenfalls, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen der seit Jahrzehnten unumstrittenen wahren Macht im Land, dem Nationalen Sicherheitsrat, und Regierung wie Parlament sowie verschiedenen ökonomisch und politisch mächtigen Gruppen im Lande auch in Auseinandersetzung um die "Reformpakate" darstellen wird.

Allerdings zeigt sich derzeit noch - und das besonders plastisch am Beispiel des 2. August 2002, als die kurdische Sprache zugelassen wurde - die Doppelzüngigkeit, die in den so lauthals verkündeten Beschlüssen liegt. Tod und Isolation bleiben ebenso dominant in den Gefängnissen, wie auf den Polizeiwachen gefoltert und misshandelt wird. Die Zahlen des Menschenrechtsvereins IHD erschüttern, verdeutlichen sie doch ein Anwachsen der staatlichen Unterdrückungspraxis seit Beginn dieses Jahres. Ein Ende der Tragödie um Leyla Zana und die drei kurdischen Abgeordneten ist auch zu Beginn ihres zehnten Jahres hinter Gittern nicht absehbar. Bekannte Künstler wie Ferhat Tunc und Tausende weniger Bekannte werden gesinnungsverfolgt trotz der Streichung des achten Artikels vom Antiterrorgesetz, in dem bis zu drei Jahren Haft denen drohte, die mit "mündlicher und schriftlicher Propaganda, mit Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen" Mustafa Kemals Gebot von der territorialen Integrität des Landes und der Einheit der (türkischen) Nation unterliefen - ein beliebig auslegbarer Paragraph, dessen Kern bisher aus einer rigorosen Meinungsgängelung bestand. Allerdings besagt Paragraph 312 des Strafgesetzbuches in etwa dasselbe und besteht weiter.

Die Liste der schon jetzt gebrochenen

"Reformen" ließe sich um ein Vielfaches erweitern: Um das bisherige faktische Scheitern, kurdische Sendungen im staatlichen Rundfunk und Fernsehen auszustrahlen - ein Jahr nach Beschlussfassung spüret niemand auch nur einen Hauch von Kurdisch.

Und nachdem anfangs immerhin Kurdinnen und Kurden ihre Kunst in ihrer Sprache im TV zeigen durften, herrscht mittlerweile wieder nichts als Schweigen. "Hejar", der Publikumsrenner unter den neuen, wunderbaren türkisch-kurdischen Filmen, lief dermaßen erfolgreich, dass die Zensoren sich einer 1938 von Mussolini übernommenen Praxis erinnerten und eine wachsende Freundschaft zwischen der kleinen Kurdin Hejar (Unterdrückung) und einem pensionierten türkischen Richter als "staatsfeindlich" einordneten. Der Regisseurin Handan Ipekci drohen nun bis zu sechs Jahren Haft.

Überhaupt dürfte das größte Defizit der "Reformpaket"-Demonstrationen im weitgehenden Fehlen einer so dringend notwendigen türkisch-kurdischen Versöhnungspolitik liegen. Statt einer nicht nur aus der kurdischen demokratischen Öffentlichkeit vorgeschlagenen Generalamnestie setzt die Türkei weitgehend auf "Reue".

Zwar fasst der Staat Türkei diverse wichtige Punkte aus der offenen kurdischen Frage und sogar das Thema Guerilla an, ohne dessen Verarbeitung die Geschichte nicht gelöst werden wird, und bleibt dennoch auf halbem Weg stehen. Verlangt wird also: "Reue", Verrat, Abschwören, zu Kreuze kriechen.

Als nicht dazu gehörend werden betrachtet: die Tausende politischer Gefangener aus der Guerilla inklusive Abdullah Öcalan, die Tausende Meinungsgefangene inklusive Leyla Zana, sowie die schwer zu schätzende Zahl von politischen Emigranten. An diesem

zentralen Punkt jeglicher Versöhnungspolitik - und niemand sollte sich etwas vormachen: nahezu jede kurdische Familie in der Türkei ist in irgendeiner Form involviert - fehlt dem Staat Türkei der Wille zur Problemlösung. Er verharrt in seiner herrschaftlichen Arroganz, und es mag durchaus sein, dass die Armee Hauptthemnis für die Durchsetzung von Vernunft ist. In Wahrung des kemalistischen Auftrags, jeglichem Separatismus vorzubeugen, nimmt die Armee gar das Risiko einer neuerlichen bewaffneten Konfrontation auf sich. Fünf Jahre nach dem 1. September des PKK-Waffenstillstands und vier Jahre nach der Guerilla-Auflösung könnte am 1.9.2003 ein weiteres Kapitel im atatürkischen Drama vom Monoethnizismus beginnen. Es wäre so tragisch wie die erneute Bindung des Landes an den Weltaggressor USA.

Danach zu fragen, ob die Türkei jeweils anders handeln kann, als sie es tut, bedeutet, die Frage nach der Politikfähigkeit zu stellen und zudem zu fragen: Wer bestimmt im Land? Derzeit weist kaum etwas darauf hin, dass sich der Friedenswille aller in der Türkei lebenden Ethnien durchsetzen könnte. Der Sieg über die US-Pläne, Nordkurdistan zur Invasionsfront gegen Irak freizugeben, war ein unübersehbarer Lichtblick, nur leider bisher der einzige. Er ist Geschichte und macht doch Mut, dass tatsächlich die Bevölkerung politisch an Einfluss gewinnen könnte - zumal in einer Situation, in der die oben nicht mehr so weitermachen können, wie sie es bisher taten.

International scheint die Türkei isoliert wie selten, von den USA ante portas weder im Kampf gegen das untergegangene Reich des Bösen benötigt noch aktuell besonders dringend etwa gegen die Schurken dieser Welt. Natürlich sind türkische Soldaten weiterhin zur Ver-

stärkung hier und da gern gesehen - vor allem in islamischen Ecken -, doch selbst dort nur eingeschränkt, wie im nordirakischen Südkurdistan.

Allerdings kommt der Türkei weiter eine Rolle als ökonomisch interessantes Terrain in der Konkurrenz zwischen USA und EU zu, als Absatzmarkt natürlich, als Lieferant und Handelsbrücke zwischen Orient und Okzident und auch bei der weltweiten Ölverteilung durch Pipelines aus Richtung Irak und Kaspischem Meer sowie einem recht sicheren Mittelmeerzugang.

Trotzdem zeigen weder die EU noch die USA eine besondere Eile, die Türkei aus ihrer neuen Rolle als Bittstellerin zu entlassen.

Die EU wird also weitere Forderungen stellen, wobei die Behandlung der kurdischen Frage als Menschenrechtsthema zwar publikumsrelevant ist, aber politisch weniger wichtig.

Für die EU als ein zukunftssträchtiges Machtzentrum in einer derzeit USgeführten unipolaren Welt gelten andere Kriterien, wobei ökonomische Zuverlässigkeit an erster Stelle steht gefolgt von politischer Berechenbarkeit unter Ausschluss armeeinszenierter Überraschungen.

Die Türkei steckt also in mehreren Klemmen - auch wirtschaftlich und in besonderer Abhängigkeit von Kreditgebern, von Internationalem Währungsfonds und Weltbank. Die diktieren das Tempo des Sozialabbaus. Der bikontinentale Staat sucht seine neue internationalen Stellung ohne derzeit von den alten Methoden der Herrschaftssicherung zu lassen. Die Folgen tragen Land und Leute.

Gerd Schumann ist Leiter des Ressorts Außenpolitik der Tageszeitung "junge welt".

Rückwärts gewandt:

Die türkische Präsenz im Irak

von Karin Leukefeld

Was will die Türkei im Irak? Will sie die Ölpipeline von Kirkuk nach Ceyhan schützen? Will sie mit den US-Truppen konkurrieren, die sich in der Region mit Militärbasen einrichten? Ist es Trotz gegen den andauernden Druck aus Washington, sich nach dem Irak nun politisch auch gegen Syrien und den Iran zu stellen, obwohl das den Interessen der Türkei als Regionalmacht widerspricht? Will die Türkei den Endsieg gegen die PKK in den nordirakischen Bergen? Will sie sich ihrer historischen Angst entledigen, die Kurden könnten sich Kirkuk als dem Herzstück eines kurdischen Staates im "neuen Irak" bemächtigen? Will die Türkei letztlich, wie Don Quichotte im Kampf gegen die Windmühlen, das Vermächtnis ihres Republikgründers Atatürk vor den Toren Kirkuks verteidigen?

Was will die Türkei im Irak?

Die türkische Bevölkerung war gegen den Irakkrieg und ist gegen eine Truppenstationierung im Irak. Das gilt für Regierungsbefürworter wie Opposition gleichermaßen. Selbst die Abgeordneten der regierenden AKP-Partei sind gegen ein militärisches Engagement im Irak. Doch die USA brauchen Hilfe, die Regierung in Ankara braucht Geld, und das Militär, ja, was will das Militär? Noch hält es sich vornehm mit Äußerungen

zum Thema zurück. Die Regierung in Ankara weiß jedoch, dass sie den wenigsten Gegenwind zu erwarten hat, wenn es für die Stationierung einen NATO-, besser noch, UN-Beschluss gibt.

Inzwischen verstärken sich die Anzeichen, dass die NATO in die Besetzung des Irak einbezogen werden soll. Einzelne NATO-Mitglieder wie Großbritannien, Spanien, Dänemark und Polen sind ohnehin schon mit Truppen im Zweistromland. NATO-Generalsekretär Robertson hat Bereitschaft signalisiert, doch noch könnten Frankreich und Deutschland mit einem Veto die Sache stoppen. Beide Staaten bestehen, wie übrigens auch Russland, auf einem Mandat des UN-Sicherheitsrates für weitere Truppeneinsätze im Irak. Ein solches Mandat würde vielen Kritikern eines militärischen Engagements im Irak den Wind aus den Segeln nehmen, auch in der Türkei. Als einzigem muslimischem Land in der NATO und direktem Nachbarn des Irak kommt der Türkei eine Schlüsselrolle zu.

Die Beziehungen zur USA verbessern

Trotz aller Verstimmungen zwischen Washington und Ankara hat die US-Administration beim letzten Besuch von Außenminister Abdullah Gül in Washington offiziell um die Entsendung von 12.000 türkischen Soldaten in den Irak

gebeten. Türkische Medien spekulieren bereits über die Stationierung von 3000 türkischen Soldaten in der Umgebung von Bagdad, wo die US-Truppen täglichen Angriffen ausgesetzt sind. Das würde auch verhindern, dass türkische Truppen mit der nordirakischen Kurdenarmee von KDP und PUK in Händel geraten könnte.

Gül erstattete seiner Regierung Bericht und Regierungschef Erdogan traf sich mit dem Chef der türkischen Streitkräfte, General Hilmi Özkök. Noch in Washington hatte Gül die Bedingungen für die Entsendung von türkischen Soldaten genannt: türkische Firmen sollten in den Wiederaufbau im Irak einbezogen werden, vor allem im Bereich der Elektrizitätsversorgung, der Telekommunikation, der medizinischen und Wasserversorgung. Weiter möchte Ankara einen Mann aus der Türkei als Stellvertreter des US-Besatzungsverwalters Paul Bremer in Bagdad sehen. Und ein türkischer General soll außerdem Stellvertreter des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Irak, General John Abizaid, werden. Schließlich will Ankara verhindern, dass den Kurden im Norden des Landes ein eigenes Budget zugestanden wird. Unklar ist, ob ein solches Vorgehen überhaupt ernsthaft von der US-Besatzungsverwaltung in Erwägung gezogen wird. Die Türkei, so Außenminister Abdullah Gül, müsse deutlich sichtbarer "Teil des

Gesamtbildes im Irak" werden. Ein türkischer Verwalter in Bagdad? Ein türkischer General im Irak? Will die Türkei also doch Besatzungsmacht sein? Will Ankara die Geschichte zurückdrehen und die mit dem Osmanischen Reich verlorene Provinz Mossul "heim in die Republik" holen, wie Atatürk es schon wollte?

"Hundert Jahre Erfahrung, den Irak zu regieren"

Die Interessen der Türkei im Irak sind so alt, wie die Türkische Republik. Außenminister Abdullah Gül hat bei seinem Besuch in den USA nicht umsonst darauf verwiesen, man habe "Hundert Jahre Erfahrung, den Irak zu regieren." Warum gerade 100 und nicht 500 Jahre sei dahingestellt, Gül bezog sich auf die Zeit des Osmanischen Reiches. Aus türkischer Sicht waren die westlichen Staaten mit ihrer Idee des Nationalstaates am Zerfall des Osmanischen Reiches beteiligt. Der Zerfall der 500 Jahre währenden Fremdherrschaft war dann aber eine Erleichterung für die arabische Welt. Tatsache ist, dass die Türken nicht nur wichtige Seehäfen und Transportwege verloren, sondern auch die Kontrolle über die neu entdeckten Ölfelder im Süden und Norden des Irak.

Der Verlust der Provinz Mossul wurde von den türkischen Nationalisten nie verdaut. Wie schon Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk betonten diese Ewiggestrigen noch heute die Bedeutung der "turkmenischen Brüder" in Kirkuk.

Atatürk ging es damals um die Kontrolle von Kirkuk und Mossul wegen der Ölfelder, nicht wegen der Turkmenen. In der Region gab es immer ein Bevölkerungs mosaik von Kurden, Turkmenen, christlichen Assyryern, Persern und Arabern. Einzelne Gruppen spielten nur dann

eine Rolle, wenn es einer Partei politisch nutzte.

Fast ein Jahrhundert nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches sitzt das Misstrauen noch tief, dass die europäischen Staaten durch irgendeine Hintertür noch den Vertrag von Sevres von 1920 durchsetzen könnten. Die darin vereinbarte Autonomie für Armenier und Kurden im Südosten der Türkei wurde nie umgesetzt. Die Armenier haben einen geschrumpften, ökonomisch schwachen Staat nach dem Zerfall der Sowjetunion gegründet, von dem viele nicht einmal wissen, dass es ihn gibt. Und die Kurden? 1991 ermunterte der damalige US-Präsident George Bush die Kurden im Nordirak zwar, einen Aufstand gegen Saddam Hussein zu wagen, doch leisteten sie keine Unterstützung. Gleiches erlebten auch die Schiiten im Irak, die ihre historische Lektion besser gelernt zu haben scheinen. Zumindest begegnen sie heute den amerikanischen Besatzern mit bedeutend mehr Distanz als die Kurden. Die USA benutzten die Kurden pragmatisch für ihre eigenen strategischen Interessen, das gilt heute wie 1991. Ein unabhängiger Kurdenstaat passt nicht in das amerikanische Weltbild. Sie werden andere beteiligen, doch von niemandem, weder von den Kurden noch von den Türken, werden die Amerikaner sich die Kontrolle über die irakischen Ölfelder aus der Hand nehmen lassen. Der "sichere Hafen", der für die Kurden durch britische und US-amerikanische Luftüberwachung seit 1991 durchgesetzt wurde, übrigens ohne jemals einen UN-Beschluss dafür zu haben, diente der Destabilisierung des Irak, nicht der Stärkung eines autonomen Kurdistan. Das war ein Nebenprodukt. Das 1992 gewählte kurdische Parlament hatte nie wirkliche Bedeutung, weil die Konkurrenz zwischen der KDP und PUK jede politische Initiative über-

lagerte und es von den USA nicht gewollt war. Im Herbst 2002, vier Jahre nach dem Washingtoner Abkommen, trat das kurdische Parlament in Erbil nur unter massivem politischen und finanziellen Druck der USA wieder zusammen und spielte vor der internationalen Presse brav das Stück von der kurdischen Einheit. Dieses Mal brauchte die US-Administration Ruhe an der kurdischen Front, um den Krieg gegen Bagdad ungestört starten zu können. Zu dem Zeitpunkt gehörte der kurdische Nordirak bekanntlich noch zum Aufmarschplan der Amerikaner.

Lehren aus dem Irakkrieg 1991

Das verhinderte das Nein aus Ankara, als das Parlament im März 2003 die Nutzung der Südosttürkei als Aufmarsch- und Nachschubbasis für die US-Armee ablehnte. Die Regierung tat, was das Volk wollte, es sah aus, als habe die Türkei die Lektion des Krieges 1991 gelernt. Die wirtschaftlichen Folgen stürzten das Land damals in die tiefste ökonomische Krise und die Türkei wurde zum größten Schuldner des IWF. Eine kluge Handels politik des isolierten Irak hatte die Türkei trotz Embargo zu einem der größten Nutznießer des UN-Programms "Öl für Nahrungsmittel" gemacht, auch wenn bei weitem nicht das Handelsvolumen erreicht werden konnte, wie vor dem Krieg.

Inzwischen ist das UN-Embargo aufgehoben und türkische Laster drängeln sich auf der Autobahn von Mossul nach Bagdad, die Wirtschaft boomt. Warum also Truppen in den Irak, wenn der Handel auch so wieder anläuft? Ist schon vergessen, welche hohen personellen und finanziellen Kosten mit der Niederschlagung der PKK-Rebellion für das türkische Militär und damit die gesamte Türkei verbunden waren? Abgesehen vom Ver-

lust der Glaubwürdigkeit, dass es sich bei der Türkei um einen demokratischen Staat handelte? Tausende Soldaten kamen ums Leben, die Wirtschaftslage im Südosten wurde immer schlechter. Die Kosten der Militäraktionen steigerten sich bis auf eine Summe von 8 Millionen US-Dollar pro Jahr. Will Ankara ein solches Risiko im Irak erneut eingehen? Türkische Soldaten werden im Irak ebenso wenig mit Blumen empfangen, wie die bisherigen Besatzungstruppen. Ganz zu schweigen vom tiefen Misstrauen der Kurden.

Rolle des türkischen Militärs

Oder will der Generalstab im Nordirak sein letztes Huhn mit der früheren PKK-Guerilla rupfen? Zwar wurde über die Jahre hin immer wieder der Sieg der Armee über die PKK erklärt, doch dass sich die kurdischen Führer, vor allem auch Abdullah Öcalan trotz langer Jahre Isolationshaft noch immer mit Stellungen ins politische Geschehen einmischen, könnte die Generäle erzürnen. Vielleicht möchten die Militärs noch einmal stolz zum Einsatz kommen, bevor ihre Macht mit dem EU-Beitritt der Türkei massiv gestutzt wird?

Der Einfluss des Nationalen Sicherheitsrates (MGK), in dem die Armee die Mehrheit hält, ist jüngst beschränkt worden. Das Gremium soll zukünftig nur noch Empfehlungen an die Regierung aussprechen, keine Entscheidungen mehr treffen. Das Militär hat aber die AKP-Regierung, deren Wurzeln im Islam liegen, nicht wirklich in sein kemalistisches Herz geschlossen, ein Konflikt ist vorprogrammiert. Die AKP-Regierung steht unter Zeitdruck. Bis Dezember 2004 müssen grundlegende verfassungsrechtliche Änderungen in der Türkei umgesetzt sein, damit die EU Aufnahmeverhandlungen überhaupt in Erwä-

gung zieht. Die US-Regierung will die EU-Einbindung der Türkei, könnte also mit einer zögerlichen Haltung der türkischen Armee, der eigenen politischen Entmachtung als Zaungast beizuwohnen, verärgert sein. War das harsche Vorgehen der US-Armee gegen die 11 türkischen Elitesoldaten Anfang Juli also vielleicht auch ein verärgertes Signal an die Dickköpfigkeit der türkischen Generäle?

Doch zurück zur Frage, was will die Türkei im Irak?

Militärische Präsenz manifestieren? Türkische Soldaten sind seit 1991 ohnehin dort stationiert, Die militärische Ausbildung und Bewaffnung der Turkmenen durch die Türkei ist ein offenes Geheimnis. Und die rund 10.000 türkischen Soldaten unterstehen noch nicht einmal der Kontrolle der Besatzungstruppen, einfach weil sie schon vorher da waren. Alte Rechnungen begleichen? Der Vorwand, man wolle die PKK im Nordirak bekämpfen und verhindern, dass die nordirakischen Kurden einen eigenen Staat gründen, stammen aus der Motte. Die PKK hat sich aufgelöst, der KADEK hat mehr als einmal deutlich gemacht, eine politische Lösung mit der Türkei anzustreben, er fordert demokratische Rechte für die 15 Millionen Kurden in der Türkei und Wiedereingliederung der Guerillakräfte in das zivile Leben. Die US-Administration geht in Sachen Kurden pragmatisch vor, während die Türkei mit ihrer sensiblen nationalen Seele den ehemaligen PKK-Kämpfern gegenüber zu keinen Konzessionen bereit zu sein scheint. Die Amerikaner unterstützen eine Demobilisierung der früheren PKK-Guerilla, obwohl die Organisation noch immer auf der Liste der "terroristischen Organisationen" steht, das ist amerikanischer Pragmatismus. Die Ewiggestrigen in der Türkei hinge-

gen träumen noch immer vom "Endsieg".

Politische Kontrolle ausüben? Die nordirakischen Kurdenführer Talabani und Barzani, die inzwischen stolz verkünden, "ich bin ein Iraker", verfügen heute über eine Macht, von der sie als kurdische Clanchefs bisher nur träumen konnten. Als Mitglieder im von US-Militärverwalter Paul Bremer ernannten Provisorischen Regierungsrat haben sie beste Startchancen für einen einflussreichen Posten in einer zukünftigen Regierung.

Vielleicht weiß der türkische Staat selber nicht, was er im Irak will und reagiert einfach nur auf den Druck der USA. Wie alle Staaten und Völker der Region, ist auch die Türkei in einer Umbruchphase. Dabei wird die Angst vor den Kurden immer irrationaler. Das, was die USA den Kurden an Macht zugestehen, ist in jedem Fall begrenzt und dient ausschließlich dem US-Interesse nach Stabilisierung. KDP und PUK sind inzwischen so handzahn geworden, dass sie dumm wären, gerade die Hand zu beißen, die sie ernährt. Der KADEK wiederum könnte als politische Opposition in der Türkei eine Demokratisierung à la Europa einen guten Schwung nach vorne bringen und damit ebenfalls zu einer Stabilisierung beitragen. Die Türkei sucht nach ihrem Platz in der "Neuen US-Weltordnung". Anschauungsunterricht hat sie live vor der Haustür, im Irak. Und was lässt sich daraus lernen? Will man politischer Akteur in der One Nation Show der Amerikaner bleiben, gilt es a) die einzige militärische Weltmacht (an) zu erkennen und b) den eigenen Machtbereich zu stabilisieren, um c) von den USA entsprechend entlohnt zu werden. Gerade die Türken müssten das gut verstehen, denn es ist das gleiche Prinzip, mit dem das Osmanische Reich 500 Jahre lang funktionierte.

Den Dialog mit KADEK aufnehmen

Interview Dr. Mahmud Osman, Mitglied des neuen Regierenden Rates im Irak

von Cemal Ucar (Mesopotamische Nachrichtenagentur, MHA)

Dr. Osman ist Mitglied des kürzlich gebildeten Irakischen Regierenden Rates. Osman äußert sich gegenüber MHA über die Gründe der türkischen Angriffe gegen seine Person und die Anwesenheit türkischer Truppen in der Region sowie über Lösungen für das kurdische Problem. Im Hinblick auf die Unfähigkeit Ankaras mit den Kurden umzugehen, sagte Osman: "Sie hatten lange Jahre gute Beziehungen zu Saddam. Warum sollten sie nicht auch gute Beziehungen zum Rat haben? Wenn sie mit dem Rat und den Kurden den Dialog aufnehmen, dann können wir gut-nachbarliche Beziehungen haben und zusammenarbeiten. Außerdem braucht die Türkei dieses Land dann nicht mehr zu bedrohen."

Herr Osman, Sie wurden in den Irakischen Nationalrat gewählt, der kürzlich gebildet wurde. Was haben Sie empfunden, als Sie ausgewählt wurden?

Mein anfängliches Gefühl war, dies ist ein guter Schritt mit Blick auf die Zukunft. Wir hoffen, dass der Rat erfolgreich arbeiten wird und dass er in der Lage ist, einen neuen Krieg zu verhindern. Es wäre notwendig gewesen, diesen Rat sofort nach dem Sturz von Saddam Hussein einzusetzen. Er wurde jedoch erst drei Monate danach eingesetzt. Es gibt Probleme mit dem arabischen Sektor im Irak. Als Rat werden wir äußerste Anstrengungen unternehmen,

um so viele der Probleme wie möglich in Kooperation mit den Koalitionstruppen zu lösen. Wir wissen, dass dies eine schwierige Aufgabe ist.

Was sind die wichtigsten Probleme, vor denen der Rat steht? Welche Ziele hat der Rat?

Wir wollen vor allem versuchen die Ordnung wiederherzustellen in der irakischen Gesellschaft. Es ist notwendig, bestimmte Leistungen zur Verfügung zu stellen, um die täglichen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Wir sprechen hier über Elektrizität, Wasser, Telefon, Kommunikation und Verkehr. Es gibt Probleme mit der Wiederherstellung der Ordnung im Irak. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch. Die Mehrheit der Menschen hat kein regelmäßiges Einkommen.

Sie brauchen Hilfe. Es gibt auch Probleme, die einerseits mit der Anwesenheit der Koalitionstreitkräfte im Irak, andererseits mit dem Irakischen Rat zusammenhängen. Die Koalition sollte die Kontrolle über das Land Schritt für Schritt auf die Iraker übertragen. Sie sollten auch ihre Haltung gegenüber den Irakern überdenken. Die Städte sollten von Irakern regiert werden. Die Koalition kann außerhalb der Städte bleiben. Wir haben Problem mit gewissen Gruppen, die den Koalitionstruppen Widerstand leisten. Einige dieser Gruppen kooperieren mit Saddam Hussein. Die anderen sind einfach nicht mit der Präsenz der

Amerikaner im Irak einverstanden.

Die irakische Gesellschaft besteht aus verschiedenen Kulturen. Außerdem gibt es viele Religionen und Sekten im Irak, Schiiten, Sunniten, Christen, Kurden, Araber, Turkmenen, Assyrer und Chaldäer. Das verursacht sicherlich Probleme, die wir Schritt für Schritt in Zusammenarbeit mit den Koalitionskräften lösen müssen. Diese sollten die Kontrolle allmählich auf die Iraker übertragen und diese in die Lage versetzen, ihr Land selbst zu führen. Wir brauchen die Unterstützung der UN und Europas ebenso wie die Unterstützung der arabischen und moslemischen Länder. Wir haben unsere Arbeit gerade erst begonnen und noch viel Arbeit vor uns.

Wird der Rat seine Ziele erreichen?

Das lässt sich zu diesem Zeitpunkt nur sehr schwer sagen. Der Rat repräsentiert alle wichtigen Parteien. Wenn all diese großen Gruppen willens sind, sich für den Irak einzusetzen und wenn sie versuchen, den nationalen Interessen des Irak zu dienen, dann könnten die Probleme gelöst werden. Hier kommt es auch darauf an, wie viel Unterstützung der Rat von den Vereinigten Staaten, Britannien, den Vereinten Nationen und der übrigen Welt erhält. Hinzu kommt die Frage, wie weit es dem Rat gelingen wird, die Bedürfnisse der Iraker zu decken. Wenn es uns nicht gelingt das Vertrauen der Menschen zu bekommen, dann bedeu-

tet dies, dass die Menschen nicht zufrieden sind. Angesichts der Tatsache, dass hier viele verschiedene Faktoren von Bedeutung sind, ist es noch zu früh zu sagen, ob der Rat die irakischen Probleme lösen kann.

Ist der Rat in seiner Zusammensetzung für die religiöse und ethnische Vielfalt des Irak angemessen? Gibt es Probleme unter den Mitgliedern? Schließlich befinden sich ja Parteiführer, religiöse Führer und Stammesführer unter den Mitgliedern.

Unsere Beziehungen sind gut. Diejenigen, die in Opposition zu diesem Rat stehen, behaupten, dass er nicht alle gleich behandelt. Ich behaupte das Gegenteil. Ziel des Rates ist es, das irakische Volk zu einigen. Im Rat sind Schiiten, Sunniten, Christen, Kurden, Araber, Turkmenen, Assyrer und Chaldäer. Sie sitzen alle an dem selben Tisch. Wir vereinen sie. Wir teilen die Leute nicht. Es gibt allerdings Probleme, die gelöst werden müssen. Wir Kurden, z.B., fordern eine Region Irakis-Kurdistan auf der Grundlage der politischen Kräfte.

Wir wollen föderative Beziehungen zu der zentralen Regierung. Wir fordern, dass die Politik der Arabisierung beendet wird und arabisierte Gebiete an Kurdistan zurückgegeben werden. Wir fordern die volle Partizipation an der zentralen Regierung. Wir wollen Stabilität und Frieden in Kurdistan und verlangen internationale Garantien angesichts der Interventionen der Türkei, des Iran und anderer Nachbarländer.

Die Schiiten, die viele Jahre lang unterdrückt worden sind, wollen dass diese Unterdrückung beendet wird. Auch die Sunniten haben ihre Probleme. All das müssen wir lösen. Wir werden eins nach dem anderen angehen und versuchen zu lösen. Man kann zweifellos nicht jeder Forderung nachgeben, doch wir werden versuchen, einen Konsens zu

erzielen. Man muss diese Probleme schrittweise auf dem Wege der Zusammenarbeit und des Dialoges angehen. Ich bin da sehr optimistisch.

Paul Bremer, der US-Zivilverwalter, hat bei den Entscheidungen des Rates ein Veto-recht. Hat Bremer zugesagt bei den Entscheidungen des Rates nicht zu intervenieren?

Niemand hat mit uns über ein Veto gesprochen. Es gibt nichts Schriftliches hierzu und die Frage ist auf der Tagesordnung der Sitzungen nicht aufgetaucht. Wenn ich mich nicht irre, haben wir auch das Recht auf ein Veto bei den Entscheidungen von Herrn Bremer. Wenn er zu einer Entscheidung kommt und wir legen eine Veto ein, kann er diese Entscheidung nicht umsetzen. Er wird sie also ändern müssen. Mit anderen Worten, es gibt kein Veto. Es ist jedoch richtig, dass es eine Besatzungsmacht im Irak gibt. Mit dieser Realität müssen wir leben. Es gibt eine Partnerschaft zwischen dem Rat, dem ehrenwerten Herrn Bremer, den Vereinigten Staaten und Britannien. Sie konsultieren einander und unternehmen gemeinsame Anstrengungen. Eine Seite fasst einen Entschluss und bespricht ihn mit den anderen; gewöhnlich kommt es zu einer Übereinkunft. So funktioniert das. In jedem Falle braucht man sich gegenseitig. Die Amerikaner können nicht ohne die Unterstützung der Iraker arbeiten und die Iraker brauchen die Amerikaner derzeit. Probleme können auf dem Wege des Dialoges gelöst werden.

Lassen Sie uns auf Kurdistan zurückkommen. Im Rat sind fünf Kurden. Könnte man dies die kurdische Fraktion nennen? Oder handelt jeder nach seinen eigenen Ansichten?

Die Herren Barzani und Talabani sind die

Führer zweier großer Parteien. Dara Nureddin, ein respektierter Richter im Iraq, und ich sind Unabhängige. Der dritte Kurde ist der Führer der Islamischen Einheitspartei. Diese Partei ist wichtig und respektiert in Kurdistan. Wir alle haben unterschiedliche Ansichten. Wir tauschen uns jedoch aus hinsichtlich aller auf der Tagesordnung auftretenden Punkte. Im Hinblick auf grundsätzliche Fragen haben wir keine Meinungsunterschiede. Wenn wir den Sitzungen des Rates beiwohnen, treten wir als Gruppe auf. Wir teilen die gleichen Ansichten in Bezug auf föderative Strukturen und Partizipation. Wir alle wollen das Beste für die Kurden in Kurdistan. Die kurdischen Mitglieder des Rates sind einig und sehr einflussreich, was ausgesprochen wichtig ist. Außer der Islamischen Einheitspartei gibt es auch noch die Sunnitische Irakische Islamische Partei im Rat. Ihr Führer ist ebenfalls kurdischer Herkunft. Eigentlich gibt es also sechs Kurden im Rat.

Es gibt einen Sonderfonds für Kurdistan mit zwei Milliarden US-Dollar auf einem Konto der Vereinten Nationen in der Schweiz. Das Geld stammt aus dem "Oil for Food" Programm der UN. Was geschieht mit diesem Geld, das ja für Kurdistan bestimmt war?

Wir werden diese Frage demnächst bei unserem Treffen mit dem Generalsekretär der UN ansprechen. Wir wissen nicht, was geschehen wird, aber dies ist nicht eines der dringendsten Probleme. Ich glaube die Frage wird letztlich gelöst werden.

Ihre Wahl in den Rat hat die Türkei irritiert. War jemand gegen dies Wahl? Waren die Vereinigten Staaten dagegen?

Niemand im Irak hat sich gegen meine Wahl gestellt. Meine Kandidatur wurde unterstützt, insbesondere von den Kur-

den. Wenn die Kurden mich akzeptieren, werden die Amerikaner sich nicht dagegen stellen. Ich weiß nicht, warum die türkische Regierung mich nicht mag. Es stimmt, dass ich immer die Sache der Kurden in der Türkei unterstützt habe. Ich habe die türkische Regierung immer wieder aufgefordert, ihre Politik zu ändern und die kurdische Frage mit friedlichen Mitteln durch Dialog zu lösen. Ich glaube, dass dies den Interessen beider Seiten dient.

Meine Wahl ist eine innere Angelegenheit des Irak und die Türkei sollte sich nicht in seine inneren Angelegenheiten einmischen.

Der türkische Außenminister Abdullah Gül wollte sich bei seinem Besuch in den USA über Sie beschweren. Ficht Sie das an?

Sicherlich nicht. Für mich ist die Unterstützung der kurdischen Nation wichtig und die des irakischen Volkes. Was Abdullah Gül über mich gesagt hat interessiert mich nicht. Soll er sich doch beklagen. Sie haben schon genug Probleme mit den Amerikanern. Dann soll er auch dies noch mit auf die Liste setzen. Das interessiert mich wirklich nicht. Wir arbeiten für die Menschen. Die müssen mit uns zufrieden sein.

Die Türkei spricht immer wieder Ihre Beziehungen zu KADEK an. Sie versucht alles, um die USA zu einem Krieg gegen KADEK zu bewegen. Wie ist die Lage derzeit?

Es mag wohl sein, dass die Türkei eine Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und dem KADEK herbeiführen möchte; sie hat allerdings nicht das Recht so zu handeln. Ich habe gegenüber türkischen Journalisten hierzu eine Stellungnahme abgegeben und betont, dass die Türkei nach Wegen suchen sollte, einen Dialog mit KADEK aufzunehmen, weil KADEK Frieden und Demokra-

tie will und sich in der Türkei im Rahmen der türkischen Gesetze betätigen möchte. Das ist sehr wichtig für die Türkei. Auf diese Weise wird sie sich am Ende nicht auflösen. Die Lösung der kurdische Frage ist sehr wichtig für die Türkei.

Hierzu wird eine Generalamnestie benötigt. Außerdem ist es notwendig, den Menschen die Rückkehr in die Türkei zu erlauben, damit sie legalen Tätigkeiten nachgehen können.

Ob die Türkei nun die Kurden mag oder nicht, sie muss ihre Kurdenpolitik überprüfen. Die Kurden sind eine große Nation. Die Hälfte der Kurden lebt in der Türkei und das kann die Türkei nicht ignorieren.

Letztlich muss das Problem gelöst werden. Je früher dies geschieht, desto besser für alle. Ich hoffe, dass die Türkei ihre Politik ändert.

Die Präsenz der türkischen Armee in Südkurdistan wird als Hindernis für eine neue Ordnung in der Region betrachtet. Wird der Rat den Rückzug der türkischen Truppen aus der Region diskutieren?

Wir haben darüber noch nicht gesprochen. Die USA haben allerdings verlangt, dass die Türkei ihre Truppen abzieht, weil es keine Notwendigkeit für die Präsenz türkischer Truppen in der Region mehr gibt.

Die Regionalregierung in Irakisch-Kurdistan und alle Kurden, die in dieser Region leben, wollen, dass die türkischen Truppen abziehen. Der schrittweise Abzug dieser Truppen könnte auf die Tagesordnung kommen.

Wir haben dieses Problem jedoch nicht allein mit der Türkei. Wir wünschen gute Beziehungen mit allen Nachbarn, mit der Türkei ebenso wie mit dem Iran, Syrien, Jordanien, Kuwait und Saudi-Arabien. Wir möchten aber nicht, dass sich diese Länder in unsere inneren Angelegenheiten einmischen.

Wir wollen Freunde sein. Sie sollten mit dem Rat kooperieren und ihn unterstützen und versuchen ihre Problem mit Hilfe des Rates zu lösen.

Sie sagen also, die Türkei soll ihre Truppen abziehen?

Am Ende werden sie dies tun müssen. Diese Ansicht teilen Kurden, Iraker und Amerikaner. Warum sollten sie im Irak verbleiben? Ihr Abzug hingegen wäre den Interessen der Türkei dienlich. Die Türkei könnte die Kurden vernünftig behandeln. Dazu braucht sie keine Truppen in der Region. Die Kurden wollen Freunde der Türkei sein. Die Türkei kann auch zum Freund der Kurden werden. Sie hatte lange Jahre gute Beziehungen zu Saddam. Warum sollte sie diese nicht auch zum Rat haben? Wenn die Türkei zu einem Dialog mit den Kurden und dem Rat findet, dann können wir gute nachbarschaftliche Beziehungen haben. Und die Türkei braucht dieses Land nicht mehr zu bedrohen.

Mahmut Osman

Dr. Osman war Mitglied der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) bis in die sechziger Jahre. Später ließ er sich in London nieder und gründete die Sozialistische Partei Kurdistans. Als er noch im Irak lebte, war er Leiter der Delegation, die mit dem Regime Saddam Husseins verhandelte. In dieser Zeit nahm er auch aktiv an den diplomatischen Verhandlungen teil. Nachdem er von der Parteiführung zurückgetreten war, engagierte er sich weiter als Unabhängiger und pflegte weiterhin seine politischen Beziehungen zu allen kurdischen Gruppen. Er wurde als Unabhängiger in den Irakischen Regierungsrat gewählt.

Besorgnis erregend

Die Lage der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei

von Klaus Happel

Die Geschichte der kurdischen Medien ist zur großen Teilen eine Geschichte der Unterdrückung und Repression. Seit im Jahre 1898 in Kairo die erste kurdische Zeitung unter dem Namen *Kurdistan* herausgegeben wurde, hat sich bis in die heutige Zeit wenig verändert. Geändert hat sich lediglich, dass es inzwischen internationale Übereinkommen gibt, wie die Charta der Vereinten Nationen oder die Europäische Konvention, die die Freiheit der Presse schützen und Journalisten vor staatlichen Übergriffen bewahren sollen. Allerdings zeigt sich auch, und im Falle der Türkei mit besonderer Vehemenz, dass die Unterschrift unter solche Abkommen längst nicht bedeutet, dass ihr Inhalt auch gängige Praxis wird.

Dennoch: Die kurdischen Medien befinden sich im gesamten Mittleren Osten im Aufbruch. Trotz Jahrzehnte währender Unterdrückung der Presse- und Meinungsfreiheit gibt es mittlerweile eine große Bandbreite und Vielfalt unterschiedlicher kurdischer Medien, angefangen bei TV-Satellitensendern über Kurzwellen- und UKW-Radiosender bis hin zu regionalen und überregionalen Tageszeitungen, mehreren Wochenzeitungen und einer Vielzahl von Internetportalen. Insbesondere die rapide Entwicklung der Onlinemedien hat den Kurden neue Möglichkeiten der Information und Informationsverbreitung

eröffnet. Trotz des überall spürbaren Hypes: Die bunte Vielfalt überdeckt nur mühsam die dunkle Seite dieser Entwicklung: Die Masse der angebotenen Informationen wird aus dem Ausland und aus ausländischen Quellen übernommen. Lokale Agenturen und Quellen, erst recht flächendeckende Korrespondentennetze sind zumeist nicht verfügbar. Aus dem Ausland operierenden Informationsportalen wird häufig der Zugang zum türkischen Netz verweigert, ihre Internetadressen werden gesperrt. Beispiele seien hier Özgür Politika, Medya TV und der Webhoster Roj-Online. Die Arbeit im Inland aber ist immer noch Gegenstand systematischer Beobachtung, Beeinflussung und Repression.

Hinsichtlich der Meinungsfreiheit und der Freiheit der Presse ist die Situation in der Türkei weiterhin Besorgnis erregend. Die Behörden haben sich trotz vieler Gesetzes- und Verfassungsänderungen die Instrumente vorbehalten, mit denen sie glauben, im Sinne höheren Interesses den Medien den richtigen Weg weisen zu müssen. Hierzu gehören gerade auch die einschlägigen Paragraphen des Antiterrorgesetzes, die immer wieder zu Zwecken der Zensur genutzt werden. Danach ist es verboten durch Berichterstattung in den Medien terroristischen Organisationen Unterstützung zu leisten. Damit gerät eine Unzahl von

Gedanken und Meinungsäußerungen unmittelbar unter Terrorismusverdacht. Selbst Leserbriefe oder Bilder können diesen Straftatbestand erfüllen. Die Strafen reichen von hohen Geld- und Haftstrafen bis zu befristeten oder endgültigen Schließungen. Zahllose Journalisten wurden auf diese Weise ins Exil gezwungen, weil sie die hohen Geldstrafen nicht bezahlen konnten oder langjährige Haftstrafen nicht absitzen wollten. Auch das RTUK-Gesetz (die Rundfunkbehörde, die das Verhalten der Medien überwacht und Strafmaßnahmen einleiten kann) muss geändert werden. Befristete Schließungen von Fernsehsendern, Beschlagnahmungen von Zeitungen und Anklagen gegen Journalisten sind an der Tagesordnung. Journalisten und anderen Vertretern der Presse, die erst einmal in den Mühlen der Behörden geraten sind, drohen Repressionen, Folter und Haftstrafen.

Die prokurdische Tageszeitung *Yeniden Özgür Gündem* wurde inzwischen durch Strafbefehle an den Rand des finanziellen Ruins getrieben. Seitdem sie als inzwischen 11. (!) Nachfolger verbotener oder aus anderen Gründen geschlossener prokurdischer Tageszeitungen im September 2002 zum ersten Mal in Druck gegangen war, wurden mehr als 215 Strafverfahren gegen diese Zeitung angestrengt, die darauf zielen auch dieses Blatt gerichtlich verbieten zu lassen.

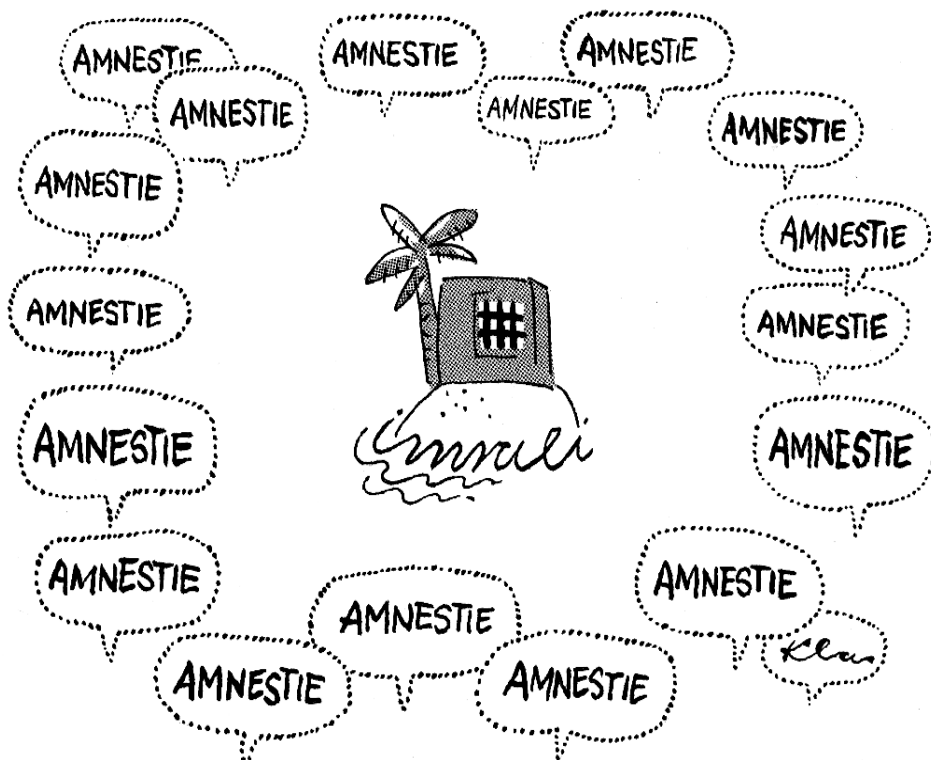
Die Anzeigen drehen sich meist um die üblichen Verdächtigungen: Unterstützung einer bewaffneten Organisation (gemeint ist hier die PKK), Separatismus, Volksverhetzung usw.

Der allseits bekannte kurdische Fernsehsender Medya-TV mit Sitz in Brüssel ist gar ein derart großes Ärgernis für die Linientreuen in Ankara, dass sogar der bloße Empfang, ja das entsprechende Ausrichten der Satellitenantenne, gnadenlos und häufig extralegal sanktioniert wird. Die verbreitete Willkür, die große Zahl differierender oder einander widersprechender Urteile in Sachen Presse- und Meinungsfreiheit, die Vielzahl betroffener Gesetze und Verfassungsartikel verbunden mit den unterschiedlichsten Auslegungen zeigen zudem, wie wenig einheitlich die Gestalt des Gesetzes und der dieses vertretenden Behörden in der Türkei ist. Der ohnehin beschwerliche Weg vom Gesetz, das die Freiheit der Presse sichern soll, bis zum Respekt vor diesem Gesetz und der Freiheit der Presse wird durch das chaotische Nebeneinander staatlicher Instanzen und Verantwortungsträger noch erschwert: Während im Zuge der EU-Annäherung viele Gesetze europäischem Standard angepasst wurden - u. a. wurde auch die Ausstrahlung von Sendungen in kurdischer Sprache erlaubt - hat die staatliche Rundfunkanstalt TRT vor kurzem das Ausstrahlen einer Sendung auf Kurdisch per Antrag beim Oberverwaltungsgericht erfolgreich verhindert.

Ganz offensichtlich reicht es nicht aus Gesetze zu machen, wenn deren Geist nicht der Wirklichkeit der Gesellschaft und dem Bewußtsein der gesellschaftlichen Akteure entspricht.

Fortsetzung von der ersten Seite

Alain Calles (Präsident des MRAP, Frankreich), **Renée le Mignot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Madrid, Spanien), **Dietrich Kittner** (Satiriker, Schriftsteller, Kabarettist, Deutschland), **Jean-Jacques Kirkyacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, Großbritannien), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **Prof. Dr. Jean Ziegler** (Nationalrat und Publizist, Schweiz), **Dr. Diether Dehm** (ehm. Stellvertreter Vorsitzender der PDS, Deutschland), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz, USA), **Prof. Dr. Luigi Ferraroli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin, Deutschland), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutschland), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel, Deutschland), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Deutschland), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Universität Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. Elmar Altvater** (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker, Deutschland), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (Professor für Soziologie, TU Darmstadt, Deutschland), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen, Deutschland), **Hilarion Carpucci** (Erzbischof -syrisch-orthodox von Jerusalem), **Christine Blower** (ehem. Präsidentin der Lehrgewerkschaft (NUT), Großbritannien), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr - FBU-, Großbritannien), **Josep Lluís Carod Rouira** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Michael Feeney** † (Flüchtlingsberater von Kardinal Hume, Großbritannien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, Großbritannien), **Frances Webber** (Rechtsanwalt, Großbritannien), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, Großbritannien), **Dr. Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Bekker** (Schauspieler, IG Medien, Deutschland), **Hans Branscheidt** (medico international / Appell von Hannover, Deutschland), **Dr. Rolf Gössner** (Rechtsanwalt, Publizist), **Günther Schwarberg** (Journalist, Deutschland), **Roland Ofteringer** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland)



Zeichnung: Klaus Becher